

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Jusos Zwickau (dort beschlossen am: 26.03.2026)

Titel: BATZEN FÜR KOMMUNALE ATZ*INNEN!!!!

Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten.

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen stellt fest: Wer bei der Jugend spart, zockt mit der Zukunft. In Zeiten knapper Kassen darf der Rotstift nicht zuerst bei den Schwächsten, Ärmsten und den Jüngsten angesetzt werden. Wir fordern die SPD Sachsen, die Jusos Sachsen, unsere Gremien und Fraktionen auf allen Ebenen auf, folgende Punkte umzusetzen:

1. Kommunale Ebene: Schuttschirm für Jugend und Soziales

Der § 47a SächsGemO wird in vielen Rathäusern noch immer wie eine unverbindliche Empfehlung behandelt. Das muss ein Ende haben. Junge Menschen wissen am besten, was sie brauchen – ob es der Skatepark, der sanierte Jugendclub oder der bessere ÖPNV ist. Wir brauchen keine „Alibi-Jugendparlamente“, die am Ende nichts entscheiden dürfen. Wir brauchen echte Machtbefugnisse und ein unbürokratisches Budget für die „Lieblingsorte“ der Jugend.

- **Keine Kürzungen im Sozialen:** Bei allen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gilt eine strikte „Hände-weg“-Garantie für den Jugend- und Sozialsektor. Freiwillige Leistungen in der Jugendarbeit sind das Rückgrat der Demokratie auf kommunaler Ebene und dürfen nicht zur Verhandlungsmasse defizitärer Haushalte werden.

- **Echte Jugendbeteiligung statt Alibi-Politik:** Wir fordern die konsequente Umsetzung des **§ 47a der Sächsischen Gemeindeordnung**. Jugendbeteiligung ist kein „Nice-to-have“, sondern eine Pflichtaufgabe. Innovative, transparente, niedrigschwellig zugängliche Formate, die in die Lebensrealität junger Menschen passen, müssen die klassischen Beiräte ersetzen!

- **Planungssicherheit schaffen:** Kommunen müssen durch langfristige Förderkullissen von Bund, Land und EU Planungssicherheit für Träger der freien Jugendhilfe garantieren.

2. Landesebene: Rahmenbedingungen für ein gerechtes Sachsen

- **Jugendpauschale massiv erhöhen:** Das Land Sachsen wird aufgefordert, die Jugendpauschale pro Kopf deutlich anzuheben, um den gestiegenen Personal- und Betriebskosten sowie immer komplexer werdenden Fällen in den sozialen Einrichtungen vor Ort entgegenzuwirken.
- **Synergien durch Vernetzung:** Wir fordern die Förderung überlandkreislicher Projekte in der Jugend und Sozialarbeit, um Ressourcen effizient zu bündeln und den Austausch zwischen Stadt und Land zu stärken.
- **„Klub-Kohlen“ – Das Sanierungsprogramm für Jugendorte:** Das Land soll gemeinsam mit dem Bund ein unbürokratisches Förderprogramm auflegen, das es Jugendlichen ermöglicht, ihre Jugendclubs, Treffpunkte und 3. Orte selbstständig zu sanieren oder zu erhalten. Hierbei müssen Kleinstförderungen unkompliziert abrufbar sein, um den Verfall sozialer Infrastruktur in den Kommunen zu stoppen.

3. Bundesebene: Kommunen stärken, Investitionen ermöglichen

- **Kommunale Entlastung:** Der Bund muss die Kommunen und Länder finanziell so ausstatten, dass diese ihren sozialen Aufgaben nachkommen und wieder in Freiwillige Aufgaben investieren können.

- **Moderne Sportstätten:** Wir fordern eine echte Bundes-Sportstättenförderung, die nicht nur Neubauten im Blick hat, sondern explizit auch die energetische und funktionale Sanierung bestehender Sportstätten finanziert. Förderprogramme, die mehrfach überzeichnet sind, sind reine PR und kommen vor Ort nicht an.

4. Juso-Power: ab in die Parlamente!

- **Kein Fußbreit dem Kürzungswahn:** Juso-Mandatsträger*innen in kommunalen Parlamenten verpflichten sich, gegen jegliche Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich zu stimmen.
- **Empowerment für 2029:** Um junge, progressive Stimmen in die Parlamente zu bringen, fordern wir die Einrichtung eines landesweiten „**Kommunalen Stammtisches**“. Dieses Netzwerk soll junge Menschen befähigen, für kommunale Mandate zu kandidieren, Wissen zu teilen und gegenseitige Unterstützung im Wahlkampf organisieren. Außerdem soll dieses Netzwerk den künftigen Landesvorstand im Hinblick auf die Kommunalwahl 2029 beraten und entlasten.

Begründung

Wir erleben derzeit eine bedenkliche politische Entwicklung: Anstatt jungen Menschen Sicherheit und Freiräume zu bieten, scheint sich die Politik immer mehr auf Restriktionen und Belastungen zu konzentrieren. Ob bei der digitalen Teilhabe, der Wehrpflicht oder dem Sozialstaat, in der Summe ergibt sich ein Bild, das die Perspektiven der kommenden Generation massiv einschränkt.

Ein aktueller Punkt ist auch das geplante Social-Media-Verbot bis 14 Jahre. Was als Schutz verkauft wird, wobei es doch in Wahrheit oft ein Eingriff in die Lebensrealität der Jugendlichen ist.

Gleichzeitig wird die Debatte um eine neue Wehrpflicht lauter. Es ist ein widersprüchliches Signal, wenn ausgerechnet die Generation, die bereits die Lasten der Pandemie und des Fachkräftemangels trägt, nun auch noch ihre Lebenszeit für sicherheitspolitische Versäumnisse der Vergangenheit opfern soll. Hier wird die persönliche Freiheit junger Menschen zugunsten alter Strukturen beschnitten.

Erschwerend kommen die Kürzungen im sozialen Bereich hinzu. Wenn bei der Jugendhilfe, der psychologischen Beratung oder der Bildung gespart wird, entzieht man genau dort die Unterstützung, wo sie für die persönliche Entwicklung am wichtigsten wäre. Diese Sparpolitik gefährdet den sozialen Aufstieg und

lässt viele Jugendliche mit ihren Sorgen allein.

Getoppt wird diese Belastung durch den schleppenden Klimaschutz. Jede Entscheidung gegen ökologische Nachhaltigkeit ist eine Hypothek, die junge Menschen später teuer bezahlen müssen mit Geld, aber auch mit dem Verlust an Lebensqualität.

Für uns ist klar, jetzt ist Zeit zu investieren: in junge Menschen, in ihre Zukunft!